

7. Einfaches Fazit, doppelter Ausblick

Im folgenden sollen zunächst die Ergebnisse dieser Untersuchung resümiert werden. Anschließend wird sie mit einem doppelten Ausblick abgeschlossen: Zum einen möchte ich zeigen, wo sich im Anschluß an diese Arbeit weitere Forschungsmöglichkeiten für die Hegemonieforschung und die politische Diskursforschung im allgemeinen eröffnen. Zum anderen werde ich kurz darauf eingehen, wie sich die Hegemonie um die „Soziale Marktwirtschaft“ circa 50 Jahre nach unserem Untersuchungszeitraum, also in den Jahren um den Jahrtausendwechsel, darstellte.

In der Einleitung wurden zwei Fragestellungen entworfen. Erstens sollte geklärt werden, wie hegemoniale Mechanismen im allgemeinen funktionieren und welche Strukturen diese Mechanismen typischerweise ausbilden. Zweitens wurde gefragt, wie sich im besonderen die Hegemonie der „Sozialen Marktwirtschaft“ ausbildete, d.h. ob und wenn ja, in welcher Weise die Mechanismen der Hegemonie in diesem Fall zum Tragen kamen.

Die Untersuchung der ersten Fragestellung orientierte sich an der grundlegenden Überlegung, daß man es bei einer Hegemonie mit einer diskursiven und politischen Form der Vorherrschaft zu tun hat. Diese drei Attribute – diskursiv, politisch, Vorherrschaft – bildeten die Wegmarken der theoretischen Hegemonieanalyse. In einem ersten Schritt wurde argumentiert, daß Hegemonien als bestimmte Formierungen gesellschaftlichen Sinns zu verstehen sind, an denen „man nicht vorbei kommt“, außerhalb derer man sich also schwer positionieren kann, wenn man innerhalb eines bestimmten Kontextes ernst genommen werden will. Dies gilt auch für die Sinnformierung „Soziale Marktwirtschaft“ im Kontext der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik. Hegemonien wurden also als Sinnformierungen bzw. als diskursive Formationen-Formierungen betrachtet. Als solche unterliegen sie den grundlegenden Bedingun-

gen der Diskursivität. Das bedeutet vor allem, daß die Elemente, aus denen sich die Formation-Formierung zusammensetzt, keine „eigentliche“ Bedeutung haben können; mit Blick auf das diskursive Element „Soziale Marktwirtschaft“ wurde dies ausführlich dargestellt. Wie jedes Element wird die „Soziale Marktwirtschaft“ mit jeder Artikulation in neue Relationen gestellt. Daraus folgt nicht, daß ihre Bedeutung völlig offen oder daß sie ohne Bedeutung wäre. Aber es hat zur Konsequenz, daß es keine *fixe* Bedeutung der „Sozialen Marktwirtschaft“ geben kann. Der Begriff der Artikulation wurde in Anlehnung an Laclau/Mouffe zur Bezeichnung der Relationierung von diskursiven Elementen eingeführt. Im Anschluß hieran wurden Diskurse als Artikulationsfolgen konzeptualisiert. Mit Hilfe eines erneuten Blicks auf das Element „Soziale Marktwirtschaft“ und seine diskursive Umgebung konnte zum Abschluß des Diskurskapitels eruiert werden, daß man diskursives Geschehen, soweit es hier als politisch-diskursives Geschehen von Interesse ist, im wesentlichen erfassen kann, wenn man von vier Typen diskursiver Relationen ausgeht: Differenz, Superdifferenz, Äquivalenz, Kontrarität.

Nach der Erörterung der Hegemonie als diskursives Phänomen war klar, daß sich jede hegemoniale Praxis dadurch auszeichnet, daß sie, um „hegemonialen Sinn“ zu generieren, diskursive Elemente in einer bestimmten Art und Weise arrangiert. Um eine grundlegende Vorstellung davon zu gewinnen, wie eine hegemoniale Formation-Formierung von diskursiven Elementen aussehen könnte, wurde das Terrain untersucht, auf dem sich Hegemonien konstituieren: Dies ist das Terrain des politischen Diskurses. Hegemonien wurden also als politische bzw. als politisch-diskursive Phänomene erörtert. Im Zuge dieser Erörterung konnte geklärt werden, daß sich politische Diskurse durch zwei Strukturelemente besonders auszeichnen. Erstens ist der Raum des Politischen und damit auch der Raum des politischen Diskurses von Konfliktivität geprägt. Zweitens entwickelt sich diese Konfliktivität insbesondere in bezug auf das, was hier als das Allgemeine eingeführt wurde, steht also in Relation zur Verwirklichung des Gemeinwohls (oder von Vergleichbarem). Als politischer Diskurs läßt sich demnach jeder Diskurs bezeichnen, in dem das Allgemeine – bzw. ein spezifisches Allgemeines – konflikthaft verhandelt wird. Hegemonie als ein Vorherrschaftsphänomen des politischen Diskurses zu verstehen, bedeutet dann, daß sich eine Formation-Formierung, in deren Zentrum ein symbolisches Äquivalent des Allgemeinen – wie z.B. „Soziale Marktwirtschaft“ – steht, insofern durchsetzt, als in der Verwirklichung des symbolischen Äquivalents die Verwirklichung des – imaginären, d.h. letztlich niemals zu verwirklichenden – Allgemeinen selbst gesehen wird.

Damit eine diskursive Formation-Formierung, die um ein bestimmtes symbolisches Äquivalent des Allgemeinen herum angeordnet ist, zur Vorherrschaft gelangen kann, muß es mit Hilfe dieses symbolischen Äquivalents gelingen, möglichst viele gesellschaftliche Forderungen in bezug auf das Allgemeine „aufzufangen“. Daher besteht die typische hegemoniale Artikulation darin, vom stets singulären Ort der Artikulation aus die Forderungen anderer in bezug auf das Allgemeine mit einzuverleiben. Im Zentrum dessen, was sich als ein hegemoniales Projekt bezeichnen läßt, steht eine umfassende Forderung, d.h. eine Forderung, die *alle* anderen Forderungen in bezug auf das Allgemeine mit zu erfüllen verspricht. Eine solche Forderung präsentiert stets auch ein symbolisches Äquivalent des Allgemeinen, also z.B. „Soziale Marktwirtschaft!“. Vor dieser Definition des hegemonialen Projekts konnte dann auch der Begriff der Hegemonie präzisiert werden. „Hegemonie“ findet nur noch für diejenigen hegemonialen Projekte Verwendung, die als erfolgreich gelten können, mithin für hegemoniale Projekte, in deren Zentrum eine nicht nur dem Anspruch nach umfassende Forderung steht, sondern eine Forderung, deren Erfüllung tatsächlich in diskursiv umfassender Weise (also in hohem diskursiven „Verbreitungsgrad“) mit der Behebung des Mangels an Allgemeinem äquivalent gesetzt wird. Man kann hier vom Übergang einer umfassenden in eine hegemoniale Forderung sprechen.

Im Anschluß an die Erörterung der Attribute „diskursiv“ und „politisch“ einerseits sowie an die soeben nochmals nachvollzogene Differenzierung des Begriffsfeldes um die hegemoniale Praxis andererseits, wurde Hegemonie wie folgt definiert: Ein hegemoniales Projekt kann in dem Ausmaß als erfolgreich bzw. eine Vorherrschaft im Sinne der Hegemonie in dem Ausmaß als erreicht gelten, in welchem im Rahmen einer diskursiven Praxis ein diffuses kollektives Begehren nach dem imaginären Allgemeinen nicht nur durch eine umfassende Forderung zur Behebung des Mangels an Allgemeinem, die auf ein symbolisches Äquivalent des Allgemeinen ausgerichtet ist, konkretisiert wird, sondern in dem diese Forderung als gemeinsamer Wille politisch-gesellschaftlicher Kräfte tatsächlich über längere Zeit Verbreitung findet.

Im Kern zielt diese Definition darauf hin, Hegemonien als diskursive Prozesse möglichst weitreichender Subjektivierung zu begreifen. Zur angesprochenen Formierung eines gemeinsamen Willens kommt es nämlich dadurch, daß unterschiedliche Subjekte, indem sie artikulieren, auf den verschiedenen Subjektpositionen eines hegemonialen Projekts dieses eintreten und es sich zu eigen machen. Allerdings ist dieses „Sich-zu-eigen-machen“ eine Entwicklung in beide Richtungen: Nicht nur eignen sich Subjekte die diskursive Formation-Formierung eines hegemonialen Projekts an, sondern zugleich werden sie durch diese For-

mation-Formierung subjektiviert. Daher kann man von der Gleichursprünglichkeit von Diskurs und Subjekt sprechen. Für die Ausdehnung eines hegemonialen Projekts ist es jedoch nicht einfach von Bedeutung, möglichst viele Individuen zu subjektivieren. Es kommt auch darauf an, die diskursive Wahrnehmbarkeit zu sichern, die von vielen Faktoren abhängen kann. Der Begriff der politisch-gesellschaftlichen Kraft wurde eingeführt, um all jene Subjekte zu bezeichnen, die innerhalb von politischen Diskursen wahrnehmbar sind. Die Koordinierung verschiedener Subjekte macht es möglich, mehrere Faktoren der diskursiven Wahrnehmbarkeit gleichzeitig abzudecken. Als besonders geeignete Mittel zur Koordinierung wurden institutionelle Gruppen und Diskurskoalitionen erörtert.

Nachdem nun einerseits eruiert war, in welchem Terrain hegemoniale Praxis operiert – dem des politischen Diskurses –, und nachdem andererseits erklärt wurde, was eine Hegemonie im Sinne der Vorherrschaft ausmacht und wie sie sich von hegemonialen Projekten unterscheidet, bestand der nächste und letzte Theorieschritt darin zu rekonstruieren, welche Arrangements diskursiver Elemente im Zuge hegemonialer Praxis vorgenommen werden, damit sich ein hegemoniales Projekt zu einer Hegemonie entwickeln kann (oder damit sich eine Hegemonie gegen andere hegemoniale Projekte behaupten kann). Für diese Arrangements, die auf den vier diskursiven Beziehungen der Differenz, der Superdifferenz, der Äquivalenz und der Kontrarität beruhen, wurde der Begriff der hegemonialen Strategie eingeführt. Die Rekonstruktion der hegemonialen Strategie(n) kann als der entscheidende Schritt hin zur Beantwortung der ersten Fragestellung nach dem allgemeinen Operationsmodus der Hegemonie gelten.

Da diese Abhandlung darauf hinzielt herauszufinden, wie sich die Hegemonie der „Sozialen Marktwirtschaft“ etablierte, wurde die hegemoniale Strategie im wesentlichen in ihrer konstruktiven bzw. offensiven Form diskutiert. Um die einzelnen Aspekte der (offensiv-)hegemonialen Strategie präziser rekonstruieren zu können, wurde sie als Konglomerat von insgesamt neun sogenannten Strategemen verstanden. Von diesen neun Strategemen bilden die ersten drei den Kern der (offensiv-)hegemonialen Strategie, sie wurden deshalb auch als Kernstrategeme bezeichnet: (I) Äquivalenzierung differenter, am Allgemeinen orientierter Forderungen, (II) antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums, (III) Repräsentation. Alle drei Kernstrategeme greifen ineinander, um eine hegemoniale Formation-Formierung zu etablieren. Um die Reichweite einer Forderung, die in bezug auf das Allgemeine gestellt wird, zu erhöhen, wird sie mit anderen, ebensolchen Forderungen äquivalenziert. Um diese Äquivalenzierung zu stabilisieren, werden alle

Elemente, die in Kontrarität zu den äquivalenzierten Forderungen stehen, ebenfalls äquivalenziert, mit dem Effekt einer antagonistischen Zweiteilung des diskursiven Raums, also einer Zweiteilung, in der es nur noch die Äquivalenzkette des Pro-Allgemeinen (P) und die des Anti-Allgemeinen (Q) gibt und alle diskursiven Elemente einer dieser beiden Ketten zugeordnet sind. Damit eine Forderung vor diesem Setting dann zur hegemonialen Forderung werden kann, muß sie zur Repräsentantin der P-Äquivalenzkette avancieren. Das Operieren dieser drei Kernstrategeme, und dabei insbesondere die Zweiteilung des diskursiven Raums ist nur möglich, wenn der diskursive Raum nicht in der Grenzenlosigkeit, die ihm eigen ist, konfrontiert werden muß. Daher müssen die „Außengrenzen“ eines Diskurses, wenn sie gefährdet erscheinen, gesichert werden. Dies geschieht anhand superdifferenzieller Grenzziehungen (Strategem IV). Die drei Kernstrategeme können außerdem um drei weitere Strategeme ergänzt werden, die dazu dienen, die Reichweite eines hegemonialen Projekts in unterschiedlicher Weise zu erhöhen. Dies geschieht einmal dadurch, daß das symbolische Äquivalent des Allgemeinen als besonders interpretationsoffenes diskursives Element in Erscheinung tritt (Strategem V), was eine Vielzahl von Subjektpositionierungen in Beziehung zu ihm ermöglicht. Zweitens werden Subjektpositionen insbesondere für politisch-gesellschaftliche Kräfte eingerichtet bzw. fortgeschrieben (Strategem VI). Drittens schließlich zielen hegemoniale Projekte auch immer wieder darauf hin, ihre Reichweite zu erhöhen, indem sie die von ihnen selbst artikulierte antagonistische Grenze artikuliert unterlaufen (Strategem VII). Gerade dieses letztgenannte Strategem verdeutlicht mithin die typische Zweischneidigkeit und Instabilität jeder Hegemonie. Zuletzt wurden zwei Strategeme eingeführt, die üblicherweise erst dann auffindbar sind, wenn man es mit einer etablierten Hegemonie zu tun hat: das Strategem des eigentlichen Verfechters einer hegemonialen Forderung (VIII) sowie das Strategem der eigentlichen Bedeutung dieser Forderung (IX). Wenn sie sich auffinden lassen, wird dadurch bekräftigt, daß bereits eine Hegemonie vorliegt, denn der Streit um die legitime Vertretung oder Auslegung eines symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen wird üblicherweise erst dann geführt, wenn er als solcher in verbreiteter Weise etabliert ist.

Mit der Rekonstruktion der Strategeme der (offensiv-)hegemonialen Strategie, die um einige grundlegende Überlegungen zur defensiv-hegemonialen sowie zur spezifisch anti-hegemonialen und zur radikal anti-hegemonialen Strategie ergänzt wurde, konnte die erste Fragestellung dieser Arbeit, die Frage nach dem allgemeinen Operationsmodus hegemonialer Praxis, als beantwortet gelten. Im Rückgriff auf die Ergebnisse der so skizzierten Hegemonietheorie wurde dann die zweite Fragestel-

lung angegangen und diskursanalytisch untersucht, wie sich die Hegemonie der „Sozialen Marktwirtschaft“ ausbildete. Dabei bestand der Analysekorpus aus verschiedenen Texten aus den Jahren 1946 bis 1959, also aus der „Frühzeit“ der Sozialen Marktwirtschaft.

Es konnte gezeigt werden, daß im Zuge des sich entwickelnden hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ zahlreiche differente politische Forderungen äquivalenziert wurden. Besonders hervorzuheben sind dabei die Äquivalenzierungen von „Marktwirtschaft“ und „aktiver und konstruktiver staatlicher Wirtschaftspolitik“ bzw. „(marktkonformer) Planung“ sowie von „Marktwirtschaft“ und „Sozialpolitik“. Es konnte weiter gezeigt werden, daß im Rahmen der emergierenden hegemonialen Formation-Formierung um den leeren Signifikanten „Soziale Marktwirtschaft“ auch eine Vielzahl von differenten Subjektpositionen in die auf das Allgemeine bezogene Äquivalenzkette inkorporiert wurden. Dadurch wurde eine Diskurskoalition ermöglicht, die sich auf mehreren Ebenen konstituierte: auf Subjektpositionen des politisch-gesellschaftlichen institutionellen Gefüges (politische Parteien, Wirtschaftsverbände, Ministerien); auf Subjektpositionen, die durch Professionen bestimmt sind (z.B. Wissenschaftler, Unternehmer, Administratoren, Kirchenleute); und insbesondere auch auf weltanschaulich oder ideologisch generierten Subjektpositionen (z.B. Liberale, Christlich-Soziale, Konservative, später zunehmend auch Sozialdemokraten). Die unterschiedlichen Äquivalenzierungen innerhalb des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ wurden dadurch befördert, daß zugleich alle diskursiven Elemente, die einzelnen Forderungen in bezug auf das Allgemeine im Sinn der „Sozialen Marktwirtschaft“ entgegentanden, miteinander in einer zweiten Äquivalenzkette verbunden wurden. Diese zweite Äquivalenzkette läßt sich beschreiben als Inkarnation des „Anderen“, das es zu überwinden galt. Wesentliche, dem Allgemeinen entgegentehende Elemente waren einerseits der Alt- oder Paläoliberalismus und andererseits die Wirtschaftslenkung, letztere sowohl in ihrer nationalsozialistischen Form als auch in sämtlichen Schattierungen des Sozialismus oder Kommunismus. Schließlich konnte auch gezeigt werden, wie das diskursive Element „Soziale Marktwirtschaft“ allmählich die Funktion eines Repräsentanten aller Forderungen, die in bezug auf das wirtschaftliche Allgemeine der jungen Bundesrepublik erhoben wurden, übernahm. Aus einem „Kandidatenstatus“ heraus avancierte die „Soziale Marktwirtschaft“ damit auch zum symbolischen Repräsentanten des Allgemeinen. Dabei handelt es sich freilich um eine letztlich immer aufs Neue scheiternde Repräsentation, weil das Allgemeine eine imaginäre Größe ist und sich als solche stets entzieht. Zusammenfassend kann man also festhalten, daß das hegemoniale Projekt „Soziale Markt-

wirtschaft“ sich deshalb erfolgreich zur Hegemonie entwickeln konnte, weil eine diskursive Zweiteilung des ökonomisch-diskursiven Raums gelang, die es ermöglichte, sowohl zahlreiche politische Forderungen als äquivalente Forderungen als auch die fordernden Subjekte als äquivalent fordernde Subjekte zu begreifen, während allmählich die „Soziale Marktwirtschaft“ zur Repräsentantin all dieser Forderungen und fordernden Subjekte wurde.

Ergänzend zu der nun zusammengefaßten Rekonstruktion der drei Kernstrategeme des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ ließen sich auch die sechs übrigen Strategeme erfolgreich rekonstruieren. Damit hat die Theoretisierung des hegemonialen Operationsmodus, wie sie anhand der neun offensiven Strategeme vorgenommen wurde, einer ersten empirischen Überprüfung standgehalten.

Allerdings kann dies nur als Auftakt eines politikwissenschaftlichen Forschungsprogramms der Hegemonieanalyse gelten. Die Entwicklung eines derartigen Programms scheint in jedem Fall angebracht, weil Hegemoniephänomene zu vielfältig und zu schillernd sind, als daß ihr Funktionieren von einer einzelnen Untersuchung vollends erhellt werden könnte. Die vorliegende Arbeit bietet daher zahlreiche Anschlußmöglichkeiten. Zum einen ist es natürlich wünschenswert, das hier entwickelte Analyseinstrumentarium ebenso wie die hier entworfene Hegemonietheorie weiter zu testen. Es ist dabei angesichts der Mannigfaltigkeit hegemonialer Praxis nicht unwahrscheinlich, daß sowohl die Theorie als auch das Instrumentarium dem jeweiligen empirischen Fall angepaßt werden müssen. Ich bin jedoch zuversichtlich, daß die hier entworfene Vorgehensweise zur Analyse des hegemonialen Geschehens – die im Anschluß an eine ausführliche theoretische Diskussion die hegemonialen Strategien/Strategeme zum „Knotenpunkt“ von Theorie, Methode und Empirie macht – grundsätzlich übertragbar sein dürfte. Am ehesten wird man den Katalog der Strategeme, der nicht, das sei nochmals betont, als abgeschlossener Katalog formuliert wurde, im Einzelfall erweitern müssen. Des weiteren besteht Bedarf an einer ausführlicheren Erforschung der defensiven und der anti-hegemonialen Strategien, die hier im wesentlichen auf die Betonung der Differenzartikulationen reduziert wurden. Dabei wird es im Unterschied zu dieser Untersuchung, in deren Zentrum ein sich entwickelndes hegemoniales Projekt stand, insbesondere notwendig sein, etablierte Hegemonien zu studieren. Hinsichtlich des Gegenstandsbereichs der Hegemonieforschung sei nochmals daran erinnert, daß alle hier angestellten Überlegungen dadurch eine Einschränkung erfahren, daß sie auf den Hintergrund liberaler und pluralistischer Demokratien in ihrem „Normalzustand“ bezogen sind. Hegemoniale Prozesse vor anderen Polity-Hintergründen zu untersu-

chen, muß daher als weiteres Desiderat eines Forschungsprogramms der Hegemonieanalyse gelten. Und nicht zuletzt besteht vielleicht, eine Vielzahl von Forschungsergebnissen vorausgesetzt, auch die Möglichkeit, über hier im Zentrum stehenden „Wie-Fragen“ hinauszugehen und zu den „Warum-Fragen“ vorzustoßen. Dabei gälte es zu klären, warum sich in bestimmten Situationen bestimmte Hegemonien konstituieren. Um hier eine Erklärung jenseits der Kasuistik zu finden, müßten die Forschungsergebnisse allerdings nicht nur vielfältig sein, sondern sollten vor allem im Zuge komparativer Studien aus verschiedenen Kontexten gewonnen werden, weil nur der Vergleich aufzeigen kann, ob einzelne Faktoren kausale Erklärungen liefern können.

Weiterer Forschungsbedarf besteht aber nicht nur in der Hegemonieforschung, sondern ganz allgemein in der politischen Diskursforschung. Es ist zu wünschen, daß sich die Beziehungen zwischen Politischer Wissenschaft und Diskurswissenschaft künftig produktiver entwickeln, als das über viele Jahre hinweg der Fall war. Zu offensichtlich haben wir es bei zahlreichen politischen Phänomenen mit Sinn-, also mit diskursiven Phänomenen zu tun, als daß die Politische Wissenschaft auf das Input der Diskursforschung dauerhaft mehr oder weniger verzichten könnte. Zwar stellen Hegemonien sicher ein wesentliches Element politischer Diskursivität dar, aber keineswegs das einzige. Denkbar sind viele Anschlußmöglichkeiten: Ein offensichtliches Feld für die Kooperation von Politik- und Diskurswissenschaft wurde bereits angesprochen, weil es hier bereits verbreitete Tendenzen zur Auseinandersetzung mit der Sinnhaftigkeit der Politik gibt: Dies ist die Policy-Forschung. Aber auch die Institutionenforschung ließe sich mit der Diskurswissenschaft erfolgversprechend verbinden. So könnte beispielsweise mit diskurswissenschaftlichen Mitteln untersucht werden, wann und auf welche Weise Akte der politischen Repräsentation gelingen – Repräsentation stellt ein Sinnphänomen par excellence dar –, wann und warum Repräsentation in Frage gestellt oder eben widerspruchlos akzeptiert wird, und wann unter welchen Umständen eine einst erfolgreiche Repräsentation scheitern kann. Schließlich könnte auch die politische Prozeßforschung vom diskurswissenschaftlichen Input profitieren. Als Beispiel sei die Revolutionsforschung genannt, wo es mit Hilfe diskurswissenschaftlicher Mittel gelingen könnte zu rekonstruieren, wann und auf welche Weise eine „stürzbare Regierung“ oder der „nicht mehr aufzuhaltende Volksaufstand“ entsteht.

Dem ist noch hinzuzufügen, daß ein wichtiges diskurswissenschaftliches Forschungsdesiderat quer zu allen genannten Fortentwicklungsmöglichkeiten liegt. Es erscheint drängend, daß neben der Form der sprachlichen Artikulation, die hier im Zentrum stand, auch die verschiedenen Formen nicht-sprachlicher Artikulation im Rahmen einer politi-

schen Diskurswissenschaft eingehend analysiert werden. Zwar wurden diese nicht-sprachlichen Artikulationen hier stets mitgedacht, und gelegentlich wurde auch in der Analyse auf eine derartige Artikulation verwiesen. Allerdings bleiben sie sowohl theoretisch als auch typologisch noch unterbelichtet. Die nicht-sprachlichen Artikulationen zu untersuchen, könnte insbesondere an verschiedene mikropolitische Forschungen zur Typologie und Operationsweise politischer Praktiken anschließen (vgl. Nullmeier et al. 2003, v.a. 17-20). Ein aus der hier vorgelegten Arbeit folgender Begriff der Praktik würde sich jedoch von der in der ethnographischen Politikforschung verbreiteten Akteurszentrierung abzuheben suchen. Eine Praktik wäre dann analog zu einer Artikulation als eine bestimmte Relationierung von (praktisch-)diskursiven Elementen zu verstehen – und der Akteur müßte in einem Gleichursprünglichkeitsverhältnis zur Praktik konzeptualisiert werden. Allerdings müßte insbesondere noch untersucht werden, welche Arten von Relationen, welche Möglichkeiten zur Kombination von Relationen und welche Dynamiken der Relationierung sich rekonstruieren lassen.

Nach diesem ersten Ausblick auf die Anschlußmöglichkeiten hegemonie-, diskurs- und politikwissenschaftlicher Forschung möchte ich in einem zweiten Ausblick nochmals den hegemonialen Status des Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ in jüngerer Zeit in Augenschein nehmen. Die vorliegende Arbeit beruhte auf der Annahme, daß wir es heute mit einer ausgeprägten Hegemonie der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu tun haben. Als Anzeichen einer solchen Hegemonie können wir nun zum einen hervorheben, daß sich unterschiedliche Subjekte, u.U. auch Subjekte, die sich in vielen diskursiven Kontexten auf konträr gegenübergestellten Subjektpositionen befinden, innerhalb des wirtschaftspolitischen Diskurses derart artikulieren, daß die damit eingenommene Subjektposition in Äquivalenz zum diskursiven Element „Soziale Marktwirtschaft“ auftritt. Zum anderen spricht es für eine etablierte Hegemonie, wenn sich die sekundären Strategeme des eigentlichen Verfechters und der eigentlichen Bedeutung rekonstruieren lassen. Daß beides in den vergangenen zehn Jahren der Fall war, soll nun abschließend gezeigt werden.

In jüngerer Zeit lassen sich die beiden sekundären Strategeme par excellence in jenen Diskursbeiträgen auffinden, die die Notwendigkeit einer „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“ thematisieren. Derartige Ansätze finden sich ab dem Jahr 2000 sowohl bei der CDU¹ als auch bei der

1 Die „Neue Soziale Marktwirtschaft“ hat bei der CDU damit auch die „ökologische und soziale Marktwirtschaft“ des CDU-Grundsatzprogramms von 1994 ersetzt. Bezüge zur Ökologie, vor zehn Jahren bei vielen Parteien noch Standard (vgl. auch SPD 1994: 26/27), sind heute kaum noch zu finden.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)², einer im wesentlichen von Unternehmern getragenen Vereinigung, die prominente Politiker sowohl von Schwarz-Gelb als auch von Rot-Grün als Fürsprecher gewinnen konnte. Im Umfeld der Plädoyers für eine „Neue Soziale Marktwirtschaft“ lassen sich zwei typische Artikulationsmuster auffinden. Zum einen wird eine Notwendigkeit ausgemacht, die „Soziale Marktwirtschaft“ dem sich – insbesondere im Zuge globaler Veränderungen – wandelnden ökonomischen Kontext anzupassen. „In der Neuen Sozialen Marktwirtschaft“, schreibt beispielsweise Angela Merkel (2000), „findet der Wettbewerb auf internationaler Ebene statt. Nationale Regelungen, die die Kosten der Produkte, besonders den Faktor Arbeit, beeinflussen, müssen deshalb auf ihre Wettbewerbsfähigkeit hin überprüft werden.“ Zugleich aber wird die *Neubegründung* der Sozialen Marktwirtschaft als „Neue Soziale Marktwirtschaft“ mit der *Rückbesinnung* auf den (vermeintlichen) Ursprung gleichgesetzt – eine Art fundamentalistische artikulierende Geste. Dieser „Sozialmarktwirtschaftsfundamentalismus“ kommt z.B. in der Rede, die der ehemalige Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer im Oktober 2000 anlässlich der Gründung der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* hielt, deutlich zum Ausdruck, wenn er feststellt: „Die ‚neue‘ Soziale Marktwirtschaft ist keine ‚andere‘ Soziale Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft zu erneuern, heißt vielmehr, sich auf die Grundprinzipien Ludwig Erhards zu besinnen, sie freizulegen unter all dem Ballast, der sich in den vergangenen Jahren angesammelt hat“ (Tietmeyer 2000: 3). Dieser Ballast besteht nach Tietmeyer insbesondere in den ausufernden und ineffizienten Sozialsystemen und in den „Verkrustungen auf dem Arbeitsmarkt“ (ebd.: 2). Auch die CDU-Vorsitzende scheint diese „Verkrustungen“ im Sinn zu haben, wenn sie einen zum Maß aller Dinge erhobenen Freiheitsbegriff ins Zentrum ihrer Argumentation stellt und damit natürlich ebenso an Erhardsche Artikulationen anschließt:

In Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung braucht unser Land die politische Initiative für eine neue Soziale Marktwirtschaft. Sie ist das Dach aller Maßnahmen. *Unter dem Dach der neuen Sozialen Marktwirtschaft kann die für mich zentrale Aufgabe gelingen, der Politik für die Menschen zu dienen hat: Freiheit schaffen und Freiheit schützen. Auch im 21. Jahrhundert. Im umfassenden Sinne. Wirtschaftspolitisch, sozialpolitisch, innenpolitisch, außenpolitisch. [...] Auf einen Punkt gebracht heißt das: weniger Staat in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber mehr Verantwortung des Staates in der*

2 Die Weltwahrnehmung und die Positionen der INSM sind repräsentativ dargestellt in Rodenstock (2001). Vgl. für eine Außenperspektive auf die INSM und ihre politischen Strategien Speth (2004).

Innen- und Außenpolitik. Ich bin zutiefst davon überzeugt: Der Weg zur neuen Sozialen Marktwirtschaft ist alternativlos (Merkel 2003, Herv. MN).

Insgesamt läßt sich festhalten, daß Christdemokraten und Liberale die Fortschreibung der „Sozialen Marktwirtschaft“ für unerläßlich halten, daß sie dabei eine Anpassung an den sozialen und ökonomischen Wandel einfordern, aber einen wesentlichen Bestandteil dieser Anpassung in der Rückkehr zu den Fundamenten und in der Befreiung vom „Ballast“ des Wohlfahrtsstaats sehen. Dieser Rückbezug auf den Ursprung ist ein Kennzeichen sowohl des Strategems der eigentlichen Bedeutung als auch – qua Artikulationsakt – des Strategems des eigentlichen Verfechters.

Daß sich seit den 1990er Jahren neben der Union auch die SPD als zweite große Volkspartei in programmatischer Weise positiv auf die „Soziale Marktwirtschaft“ bezieht, ist bereits mehrfach angesprochen worden. Es ist in der Tat auffällig, wie die „Soziale Marktwirtschaft“ der Sozialdemokratie nach der Wiedervereinigung so zur Heimat geworden ist, daß sie aus den programmatischen Verlautbarungen der Partei kaum noch wegzudenken ist. Ein markantes Beispiel hierfür ist das 1998 vom damaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine verfaßte Vorwort zum geringfügig überarbeiteten Berliner Grundsatzprogramm von 1989. Noch in diesen, kurz vor der Wiedervereinigung entstandenen Text hatte der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ keinen Eingang gefunden (obwohl genau wie im Godesberger Programm eine inhaltliche Nähe zum Konzept „Soziale Marktwirtschaft“ festzustellen ist). In seinem neuen Vorwort von 1998 aber schrieb Lafontaine: „Auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft wollen wir ökonomische Leistungsfähigkeit und soziale Sicherheit.“ Entsprechend der Hinzufügung zum Grundsatzprogramm findet sich der positive Bezug zur „Sozialen Marktwirtschaft“ auch in den drei Wahl- bzw. Regierungsprogrammen von 1994, 1998, 2002 und 2005 (vgl. z.B. SPD 1994: 26/27; SPD 1998: 11; SPD 2002: 8; SPD 2005: 13/14). Insbesondere vor dem Regierungswechsel 1998 propagierte auch die SPD eine „Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“ (SPD 1998: 11).³ Im Wahlkampf 2005 eignete sie sich den Begriff vollends an (vgl. Meng 2005) und positionierte sich als eigentliche Verteidigerin der „Sozialen Marktwirtschaft“ gegenüber CDU/CSU und FDP, die „nach 60 Jahren Sozialer Marktwirtschaft“ „Deutschland zu einem anderen Land machen“ wollten (SPD 2005: 19).

3 Im Wahlkampf 1998 wurden auch Anzeigen und Plakate mit einer Schwarz-Weiß-Photographie verwendet, die Gerhard Schröder Zigarre rauchend zeigten und so Assoziationen zu Erhard zu wecken suchten.

Diese neue Beheimatung der Sozialdemokraten in der „Sozialen Marktwirtschaft“ ist im übrigen keineswegs ein Phänomen, das von der Parteilinken nicht mitgetragen würde. So machte sich etwa die Redaktionsgruppe Programmkommission der SPD, die im wesentlichen mit Vertretern der Parteilinken besetzt ist,⁴ in einer Stellungnahme zur Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms den Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu eigen (vgl. Redaktionsgruppe Programmkommission SPD 2003: 7). In der SPD-Mitgliedschaft ist das Bekenntnis zur „Sozialen Marktwirtschaft“ offensichtlich ohnehin stark verbreitet – und zwar wesentlich stärker als zum „Demokratischen Sozialismus“, der im Berliner Programm immer noch den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Leitbegriff darstellt. So äußerten in einer Mitgliederbefragung, die in den Monaten um den Jahreswechsel 2001/2002 durchgeführt wurde, 88 % der SPD-Mitglieder, daß der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ sehr wichtig oder wichtig sei; der Begriff „Demokratischer Sozialismus“ kam hingegen nur auf 61 % Zustimmung in den Kategorien sehr wichtig und wichtig (vgl. SPD/Polis 2002: 5). In verbreiteter Weise wird also die Subjektposition des Sozialdemokraten als Teil der diskursiven Formation-Formierung um die „Soziale Marktwirtschaft“ akzeptiert und artikuliert.

Dabei kommt es freilich mitunter zur Formulierung anderer Äquivalenzen in bezug auf die „Soziale Marktwirtschaft“, als dies etwa bei der CDU üblich ist. Als eines der markantesten Beispiele hierfür sei die „Mitbestimmung“ genannt: „Mitbestimmungstatbestände auszuweiten“ schwächt nach Angela Merkel Deutschland im internationalen Wettbewerb und steht damit in Kontrarität zum „umfassenden Bekenntnis“ der „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“ zum „Wettbewerb“ (vgl. Merkel 2000). Demgegenüber stellt das Wahlmanifest der SPD 2005 fest, daß die „soziale Marktwirtschaft [...] untrennbar verbunden [ist] mit Teilhabemöglichkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, worunter explizit auch die „Mitbestimmung“ als „Standortvorteil für Deutschland“ gerechnet wird (SPD 2005: 34/35; vgl. auch Redaktionsgruppe Programmkommission SPD 2003: 7).

Im allgemeinen ist die SPD sehr viel stärker darum bemüht, die Sozialverpflichtung der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu betonen, als dies im Umfeld der Konzeption einer „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“ der Fall ist. Noch in seiner Regierungserklärung zur Agenda 2010 begründet Gerhard Schröder die Reformnotwendigkeiten mit besonderer Hervorhebung des „Sozialen“ in der „Sozialen Marktwirtschaft“: „Entweder

4 Detlev Albers, Gernot Erler, Michael Müller, Johano Strasser, Wolfgang Thierse und Heidemarie Wieczorek-Zeul.

wir modernisieren, und zwar als soziale Marktwirtschaft, oder wir werden modernisiert, und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen würde“ (Schröder 2003: 2481C).⁵

Daß sich auf diese Art und Weise Meinungsverschiedenheiten über den Gehalt der „Sozialen Marktwirtschaft“ entwickeln, spricht, wie mittlerweile deutlich geworden sein sollte, keineswegs gegen die Annahme einer sozialmarktwirtschaftlichen Hegemonie. Vielmehr findet sich der Erfolg des hegemonialen Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ dadurch bestätigt, daß die beiden großen Volksparteien trotz zum Teil recht unterschiedlicher Positionen nicht umhin können, sich auf die Soziale Marktwirtschaft zu beziehen, und sich sogar *beide* als deren kompetenter Erneuerer zu positionieren, die CDU mit ihrer Forderung nach einer „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“,⁶ die SPD mit ihrer Forderung nach der „Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“.

Dies alles ereignet sich vor dem Hintergrund der quasi-verfassungsrechtlichen Verankerung der „Sozialen Marktwirtschaft“ im Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion von 1990 sowie vor einer in empirischen Erhebungen festgestellten weitverbreiteten „Kon-sensfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft“ (vgl. Föste/Janßen 1999). Aus dem Blickwinkel der Hegemonieforschung ist das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ somit ein erfolgreiches Projekt. Weil es sich hierbei aber, wie nun erarbeitet wurde, um einen diskursiv und hegemonial etablierten Zustand handelt, sind zwei letzte Schlußfolgerungen unausweichlich: Einerseits ist innerhalb der Hegemonie der „Sozialen Markt-

5 Die Sozialverpflichtetheit der „Sozialen Marktwirtschaft“ und insbesondere des „Eigentums“ in der „Sozialen Marktwirtschaft“ wird auch in der links-liberalen öffentlichen Meinung immer wieder betont. So schrieb Heribert Prantl Ende 2004 in einem Leitartikel der *Süddeutschen Zeitung* zum Bundesparteitag der CDU und der dort von Angela Merkel erneut propagierten „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“: „Die CDU-Chefin spricht von Neuer Sozialer Marktwirtschaft – sie sagt aber kein Wort gegen die Großunternehmen, die Gewinne scheffeln und zugleich Tausende von Beschäftigten entlassen. Zu Recht pocht die Union, wenn es um die Integration der Ausländer in Deutschland geht, auf die Werte des Grundgesetzes. Offensichtlich bedarf aber auch die Ökonomie der Integration. Zu den Werten des Grundgesetzes gehört nämlich der Satz: ‚Eigentum verpflichtet.‘ Dieser Satz war ein Kern der alten sozialen Marktwirtschaft. Und ohne diesen Satz wird eine neue soziale Marktwirtschaft der CDU nicht funktionieren“ (Prantl 2004).

6 Vgl. auch das Regierungsprogramm der CDU von 2002: „Die Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitische Leitidee weist auch im 21. Jahrhundert den humansten, effizientesten und besten Weg. Die Union hat die vergangenen Jahre genutzt, diese Leitidee zu erneuern und zu revitalisieren“ (CDU/CSU 2002: 6).

wirtschaft“ keineswegs fixiert, welcher Sinn und welche Bedeutung sich mit dieser Wirtschaftsordnung verbinden. Wie in der Vergangenheit werden wir es gewiß auch künftig mit „eine[r] politisch interpretierte[n] und interpretierbare[n] Ordnung“ (Sturm 1995: 84/85) zu tun haben. Andererseits ist aber zugleich sicher, daß die „Soziale Marktwirtschaft“ keineswegs die „naturegebene“ oder „notwendige“ Wirtschaftsordnung Deutschlands darstellt. Diskurse und Hegemonien sind im Fluß. Wirtschaftsordnungen ebenso.